

1 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

2 **Der SPD Parteivorstand möge beschließen:**

3 **Die SPD Bundestagsfraktion möge beschließen:**

4 ***Lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung im Gazastreifen ermöglichen:***
5 ***UNRWA weiter unterstützen; für Waffenstillstand eintreten***

6 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-
7 Bundestagsfraktion dazu auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:

- 8 1. Politische und finanzielle Unterstützung einer vollständigen, unabhängigen und umfassenden
9 Aufklärung der Vorwürfe gegen Mitarbeiter der UNRWA, sowie der Aufarbeitung möglichen
10 Versagens der Strukturen und Verantwortlichen.
- 11 2. Umsetzung von Reformen der UNRWA auf Grundlage der Ergebnisse der unabhängigen
12 Untersuchung - hier sollte die Bundesregierung aktiv eine gestaltende Rolle gemeinsam mit
13 anderen Geberstaaten anstreben.
- 14 3. Weiterführung der Finanzierung der UNRWA, zuvorderst angesichts ihrer unersetzlichen
15 Rolle bei der humanitären Versorgung der Bevölkerung im Gazastreifen. Für eine nachhaltige
16 Finanzierung der unverzichtbaren Arbeit der UNRWA muss sich auf den möglichen
17 langfristigen Ausfall wichtiger bisheriger Geldgeber, wie den USA, vorbereitet werden.
- 18 4. Klare Positionierung gegen Forderungen nach einer Auflösung des UNRWA und öffentliche
19 Benennung der Rufe nach einer Auflösung als fehlgeleitet, angesichts der Bedeutung von
20 UNRWA für den Schutz der Rechte der Palästina-Flüchtlinge und der sozialen Sicherheit in
21 der Region. Reformen in der Ausführung des UNRWA-Mandats sollten auf Grundlage
22 unabhängiger Evaluierungen politisch nachvollziehbar auch in Deutschland diskutiert
23 werden.
- 24 5. Glaubwürdigkeit als Unterstützer*innen eines funktionierenden multilateralen Systems und
25 starker Vereinter Nationen zurückgewinnen, u.a. durch die Umsetzung der obigen Punkte,
26 sowie durch ein entschiedeneres Eintreten für die Legitimität der multilateralen humanitären
27 Agenturen. Forderungen nach Konditionierung und Politisierung humanitärer Hilfe in Gaza,
28 aber auch in anderen Krisenkontexten, müssen durch alle Teile der Bundesregierung als
29 Untergrabung der humanitären Prinzipien verurteilt und abgelehnt werden.
- 30 6. Entschlossener Einsatz der Bundesregierung für einen sofortigen Waffenstillstand im
31 Gazastreifen, da aufgrund des Ausmaßes der Zerstörung ziviler Infrastruktur und aufgrund
32 des persönlichen Risikos für humanitäres und medizinisches Personal ohne eine Einstellung
33 der Kampfhandlungen keine ausreichende humanitäre Versorgung der Bevölkerung möglich
34 ist.
- 35 7. Entschiedenenes Eintreten für die umgehende Umsetzung der auf Basis der
36 Völkermordkonvention¹ durch den IGH erlassenen einstweiligen Maßnahmen hinsichtlich der
37 Prävention eines Genozids in Gaza, sowie Kommunikation und Umsetzung politisch
38 sanktionierender Maßnahmen ggü. der israelischen Regierung im Falle einer nicht-
39 Umsetzung, da Deutschland aufgrund der absoluten Wirkung (*erga omnes*) der Konvention

¹ Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. Sie wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits am 9. Dezember 1948 beschlossen und trat am 12. Januar 1951 in Kraft.

40 eine völkerrechtliche Verpflichtung hat, deren Einhaltung sicherzustellen.

41

42 **Begründung:**

43 Die Vorwürfe gegen UNRWA und seine Mitarbeitenden sind schwerwiegend. Sie bedürfen einer
44 umfassenden und vollständigen Aufklärung. Dies kann nur durch eine unabhängige Untersuchung
45 geschehen. Die Vereinten Nationen haben mit dem Einsetzen einer externen Untersuchungsgruppe
46 bereits entsprechende Schritte eingeleitet. Eine umfassende unabhängige Evaluierung der Arbeit der
47 UNRWA über die letzten Jahre ist zu begrüßen. Reformen von UNRWA müssen auf Grundlage der
48 Ergebnisse dieser Untersuchungen umgesetzt werden. Die Bundesregierung sollte diesen Prozess
49 politisch und finanziell unterstützen.

50 Die Arbeit des UNRWA im Gazastreifen können kurz- und mittelfristig von keiner anderen
51 Organisation übernommen oder ersetzt werden, wie das Inter-Agency Standing Committee (IASC),
52 das Koordinationsforum der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe, deutlich gemacht hat.²
53 Angesichts der Bedeutung von UNRWA für die humanitäre Versorgung der Bevölkerung im
54 Gazastreifen, würde das humanitäre System ohne das Hilfswerk zusammenbrechen. Eine weitere
55 finanzielle Unterstützung des UNRWA ist daher unerlässlich, um grundlegendste Versorgung der
56 Bevölkerung im Gazastreifen leisten zu können.

57 Der Internationale Strafgerichtshof (IGH) hat Ende Januar entschieden, dass Israel sofortige und
58 wirksame Maßnahmen ergreifen muss, um die dringend benötigte Grundversorgung der
59 Palästinenser im Gazastreifen zu ermöglichen. Die humanitäre Situation hat sich seither nicht
60 verbessert. Auch Deutschland trägt Verantwortung, die Umsetzung dieses Urteils zu unterstützen.
61 Die vom IGH geforderte Bereitstellung von grundlegender Versorgung kann ohne den wichtigsten
62 humanitären Akteur vor Ort, dem UNRWA, nicht geleistet werden.

63 Für die ausreichende Bereitstellung humanitärer Hilfe im Gazastreifen braucht es einen sofortigen
64 Waffenstillstand, dies haben die internationale humanitäre Gemeinschaft und der Generalsekretär
65 der Vereinten Nationen wiederholt deutlich gemacht. Die Bundesregierung sollte sich diese
66 Forderung zu eigen machen und aktiv dafür einsetzen. Wir unterstützen in diesem Sinne ausdrücklich
67 den offenen Brief eines transatlantischen Bündnisses von Parlamentarier*innen vom 18. Januar
68 2024, darunter 20 Bundestagsabgeordnete der SPD-Fraktion.³

69 Forderungen nach einer Auflösung von UNRWA muss sich die SPD klar entgegenstellen. UNRWA
70 leistet neben der humanitären Hilfe unverzichtbare Arbeit in den Bereichen Gesundheit, Bildung und
71 sozialer Sicherheit im Gazastreifen, dem Westjordanland, Ost-Jerusalem, Jordanien, Libanon und
72 Syrien. Das Mandat von UNRWA, beschlossen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen,
73 ist entscheidend für den Schutz der Rechte der Palästina-Flüchtlinge. Diskussionen um notwendige
74 Reformen in der Ausführung dieses Mandats dürfen nicht verbunden sein mit Forderungen nach
75 einer Auflösung des Mandats an sich.

76 Um die Glaubwürdigkeit Deutschlands als Unterstützerin eines funktionierenden multilateralen
77 Systems und starker Vereinter Nationen zurückzugewinnen, ist diese klare Positionierung und eine
78 Weiterführung unverzichtbarer humanitärer Unterstützung entscheidend. Ungerechtfertigten

² <https://interagencystandingcommittee.org/inter-agency-standing-committee/statement-principals-inter-agency-standing-committee-we-cannot-abandon-people-gaza>

³ <https://docs.google.com/document/d/1ayfutoMsaTsuHk1ldzH9l7DmAv9WqNtZ/mobilebasic>

79 Diskreditierungen multilateraler Organisationen muss entgegengetreten werden, um die Legitimität
80 der Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten. Angesichts einer zunehmenden Fragmentierung der
81 Staatengemeinschaft, die sich mit dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober und den
82 darauffolgenden Krieg verstärkt hat, ist die Sicherstellung starker multilateraler Organe entscheidend
83 für die Funktionalität der internationalen Ordnung.